

Energiewende und Gewerbegebiet

Der Gemeinderat Sulz hat am Montag den Haushalt 2024 einstimmig verabschiedet. AfD, GAL, CDU, FWV und SPD nahmen Stellung. Für die GWRS-Sanierung werden Ausgleichstockmittel beantragt.

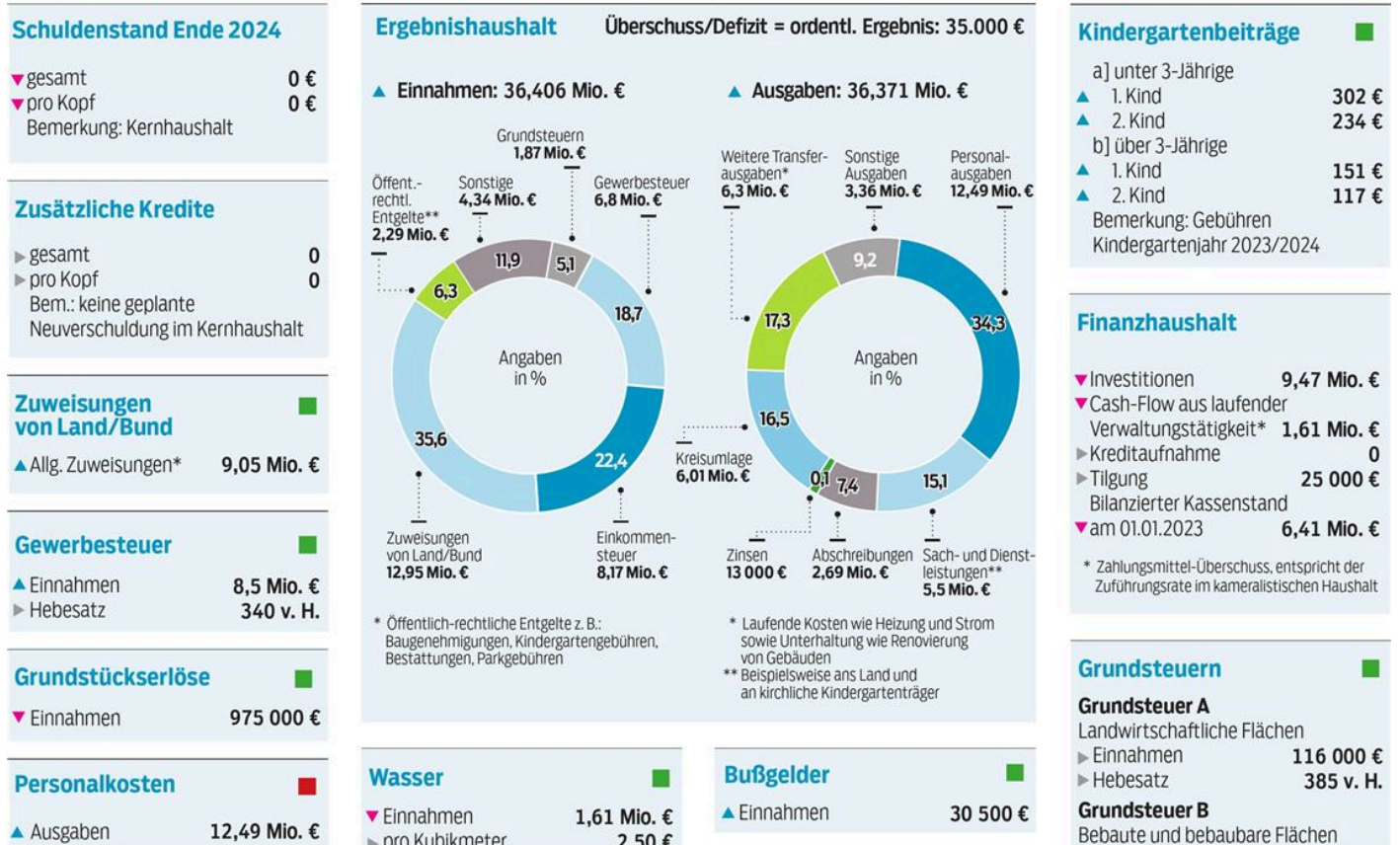
04.12.2023

Von Cristina Priotto

Haushaltsplan Stadt Sulz 2024

▲ Gesamtvolumen: 36,406 Mio. €

▲ Einwohner: 12 753



Sulz ist die erste Stadt in der Region, die den Haushalt verabschiedet. Diesmal war es auch der erste Etat in Verantwortung von Bürgermeister Jens Keucher. In der letzten Sitzung des Jahres bezogen Sprecher der fünf Fraktionen und Gruppierungen am Montagabend Position zum Etat des Jahres 2024.

AfD: Atomkraft statt Windkraft

Den Anfang im jährlich rollierenden System machte **Udo Schubert** für die AfD. Bei Windenergieanlagen überwiegen aus Schuberts Sicht die Nachteile, zudem verwies der AfD-Stadtrat auf den Widerstand aus Teilen der Bevölkerung. „Atomkraftwerke wären die idealen Partner der erneuerbaren Energien“, behauptete Schubert und stellte Dualfluid-Reaktoren, die sich noch im Versuchsstadium befinden, als Lösung dar. Zur geplanten Unterbringung von Geflüchteten in Renfrizhausen meinte der AfDler, man müsse die Sorgen

einiger Bürger ernst nehmen und eine Informationsveranstaltung abhalten. „Größeren Einwanderergruppen“ unterstellte Schubert, „eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung“ darzustellen.

GAL: Vollzeitstelle Klimaschutz

Aus Sicht von **Hans Gühring**, Sprecher der Grün-Alternativen Liste (GAL), bietet der Haushaltsentwurf „zumindest ein wenig Anlass zu Optimismus“, da der Etat nahezu ausgeglichen ist. Zuversichtlich stimmen Gühring auch einige „gordische Knoten“, die 2023 durchschlagen wurden, etwa die Tempo-30-Zone in der Unteren und Oberen Hauptstraße. Ein Schwerpunkt aus Sicht der GAL soll im nächsten Jahr Klimaneutralität sein. Photovoltaikanlagen auf städtischen Dächern, die Gründung der „Drei-Täler-Bürgerenergie-Genossenschaft“ und geplante Windkraftanlagen nannte der GAL-Sprecher als positive Beispiele. Hans Gühring mahnte bezüglich des Hochwasserschutzes in Fischingen, dass „schnellstmöglich eine Einigung mit dem Betreiber der Wasserkraftanlagen erzielt werden“ müsse. Die GAL-Fraktion hofft, dass im Zuge der Neuorganisation der Verwaltung die 40-Prozent-Stelle des Klimaschutzmanagers in eine Vollzeitstelle umgewandelt werden kann. Die Ablehnung aller neun Petitionen gegen das geplante Regionale Gewerbegebiet durch den Petitionsausschuss des Landtags hat aus Sicht der GAL die Argumentationslage der Stadtverwaltung und der Befürworter etwas verbessert. Hans Gühring mahnte die noch ausstehenden Gutachten und die Beantwortung des Fragenkatalogs der Bürgerinitiative „Pro Mühlbachene“ an und kündigte an: „Die GAL wird das Regionale Gewerbegebiet weiterhin nicht befürworten und gegen dieses Projekt argumentieren“. Die Einrichtung eines Kulturhauses Gustav Bauernfeind unterstützt die GAL, nachdem der „Projektraum für Kunst“ in der „Halle 16“ gezeigt habe, wie dies funktionieren könne. „Kultur braucht einen festen Platz, und ein Kulturhaus kann maßgeblich zur Belebung der Altstadt beitragen“, zeigte sich Gühring überzeugt. Umgesetzt werden sollten auch das Radwegekonzept und die diversen Verkehrskonzepte, forderte die GAL-Fraktion.

CDU: Potenziale ausschöpfen

Die Kernfrage für **Heinrich von Stromberg**, den Vorsitzenden der CDU-Fraktion, lautet: „Wie werden wir dem Wirtschaftsjahr 2024 und den folgenden Jahren am besten gerecht, ohne einen echten Sparhaushalt zu erstellen?“. Wünschenswertes müsse auf das Mögliche reduziert werden. Schrumpfende Rücklagen machten Kreditaufnahmen unumgänglich. Erschwerend hinzu kämen der Fachkräftemangel und geringere staatliche Zuwendungen. „Wir haben einiges aus der Vergangenheit vor uns hergeschoben. Nun sind wir in der Pflicht, diese Projekte kontinuierlich abzuarbeiten“, mahnte von Stromberg an. Beim Regionalen Gewerbegebiet müssten das Gremium beziehungsweise die Nachfolger Farbe bekennen, forderte die CDU. Die Gegner müssten zwar gehört werden, Heinrich von Stromberg sieht aber durch Ablehnung der neun Petitionen gute Chancen, bald den Bebauungsplan

aufzustellen. Bei der Entwicklung des „InParks A81“ fehle es an Dynamik, kritisierte der Vorsitzender der CDU-Fraktion. Beim Ausbau erneuerbarer Energien sieht Heinrich von Stromberg viele Bedenken und Ablehnung speziell für Windkraftanlagen. Großes Lob zollte der CDU-Stadtrat dem „Projektraum für Kunst“ in der „Halle 16“ und forderte Lösungen „an diesem Ort in diesem Gebäude“. Fraglich sei indes, ob Tempo 30 in der Innenstadt zur Belebung ausreiche. Von Stromberg sah einen „Entscheidungs- und Investitionsstau“. An der Konsolidierung der Ausgaben und Einnahmeerhöhungen führe ab 2024 kein Weg vorbei. „Wir müssen alle Potenziale ausschöpfen und unsere Handlungsspielräume vergrößern“, forderte die CDU.

FWV: Ende der „fetten Jahre“

Cornelia Bitzer-Hildebrandt, Fraktionsvorsitzende der FWV, stellte fest, die Bürger erwarteten, dass Freiwilligkeitsleistungen wie Freibäder und Sportstätten erhalten blieben und die Stadt die Preise für Strom, Wasser und Abwasser nicht erhöhe. „Behördengänge vor der Haustür werden auf Dauer nicht haltbar sein“, ist Bitzer-Hildebrandt überzeugt und rechnet mit unumgänglichen Preisanpassungen und Zentralisierungen. „Wir sind am Ende der fetten Jahre angekommen“, stellte die FWV-Stadträtin fest. Im Vordergrund müsse stehen, wie den Folgekosten begonnener Projekte begegnet und wie neue Finanzquellen akquiriert werden könnten. Klimaneutralität und Finanzierbarkeit sieht die Freie Wähler-Vereinigung als zentrale Schwerpunkte der Zukunft. Energetische Sanierungen einiger Schulen, die Sanierungsgebiete, Fernwärme und Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden seien gute Schritte. Des Weiteren fordert die FWV, das ÖPNV-Angebot sowie den Rad- und Fußverkehr zu verbessern und dafür den Autoverkehr einzuschränken. Um solche Vorhaben finanzieren zu können, müsse eine Erhöhung der Gewerbesteuererinnahmen durch den Zuzug fremder Betriebe forcieren werden. Aus Sicht der FWV soll dies im „InPark A81“ und im geplanten Regionalen Gewerbegebiet geschehen. Bitzer-Hildebrandt bezeichnete es als „guten Kompromiss, dass das zu veräußernde Areal verkleinert worden ist und für die Landwirtschaft ein größerer Teil des guten Bodens übrigbleibt“. Dabei gelte es, den Spagat zwischen einem stabilen Haushalt und dem Erhalt der natürlichen Ressourcen zu schaffen. Als weitere Probleme sieht die FWV das Ladensterben und die vielen Leerstände in der Innenstadt sowie den Fachkräftemangel. Die FWV-Fraktionsvorsitzende appellierte, um Letzerem zu begegnen Sulzer Kulturbesonderheiten zu bewerben. Die Werke von Gustav Bauernfeind in einem neuen Kulturhaus mit modernem Museumskonzept und barrierefreiem Zugang müssten der Innenstadt-Magnet werden. „Das Museum darf nicht länger in der bisherigen Form brachliegen“, forderte die FWV. Generell appellierte die Freie Wähler-Vereinigung, neue Finanzierungsmöglichkeiten und Investoren zu suchen, um den Aufgaben des Klimawandels gerecht zu werden.

SPD: Windkraft statt Gewerbe

André Amon zeichnete ein düsteres Bild der Sulzer Stadtfinanzen: „Wir steuern sowohl mit Ergebnishaushalt als auch mit dem Finanzhaushalt auf ungemütliche Haushaltsjahre zu“, stellte der SPD-Stadtrat fest. Es werde viel Mühe kosten, darüber einig zu werden, in welche Töpfe die verbleibenden Finanzmittel investiert werden sollen. Amon warnte jedoch davor, jede „Kann-Aufgabe“ aus Geldmangel in Frage zu stellen. Lösungen müssten vor dem Hintergrund der gesamtstädtischen Bedürfnisse gesucht werden und nicht für jeden Stadtteil einzeln. Die Sulzer Sozialdemokraten sehen die Energiewende als Chance, in die die Stadt folgerichtig 2024 rund 1,9 Millionen Euro investiere. Dazu sei zusätzlich zu einem Teilzeit-Klimaschutzmanager Fachpersonal nötig, mahnte André Amon an. Die Gründung der „Drei-Täler-Bürgerenergie-Genossenschaft“ mit städtischer Unterstützung am 11. Dezember sieht die SPD als „Schulterschluss aus öffentlicher und bürgerlicher Hand“ und „Leuchtturm“, um erneuerbare Energien in der Bevölkerung zu verankern. Das Regionale Gewerbegebiet ist aus Sicht der SPD angesichts erwarteter Gewerbesteuererinnahmen von 300000 Euro jährlich keineswegs die Antwort auf die angespannte Finanzlage der Zukunft, vielmehr sieht Amon das finanzielle Argument als „gestorben“. Das Missverhältnis zwischen geopferter Fläche und „Geldsegen“ sei zu groß. Kalkuliere man die Ausgaben zur Ansiedlung eines großflächigen Gewerbes ein, „kann sich kein vernünftig denkender Mensch mehr dafür aussprechen“. André Amon warf Bürgermeister Jens Keucher vor, sich nicht mehr mit Kritikern an einen Runden Tisch zu setzen. Zum zweiten umstrittenen Thema Windkraftanlagen im Wald meinte Amon, Vorbehalte seien teils berechtigt, doch gebe es nur schlechte Alternativen. „Lassen Sie uns Windräder bauen statt Regionale Gewerbegebiete“, appellierte Amon und forderte, mehr Wohnungen zur Innenverdichtung zu errichten anstatt Neubaugebiete in Außenbereichen auszuweisen.

Der Gemeinderat stimmte dem Haushaltsplan 2024 sowie den Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe Sozialstation, Stadtwerke, Abwasserbeseitigung und Soziales Wohnungs- und Baumanagements nach den vorgetragenen Haushaltsreden einstimmig zu.

Ausgleichstock für GWRS

Der Gemeinderat hat die Sulzer Stadtverwaltung damit beauftragt, für die energetische Sanierung der Fenster und Klassenzimmer an der Grund- und Werkrealschule einen

Ausgleichstockantrag zu stellen. Im Investitionsplan sind 350000 Euro dafür veranschlagt. Die Sanierung soll rund , 1,85 Millionen Euro kosten.